

„Der Ball liegt bei der Linken“

Herr Abgeordneter, seit zwei Jahren arbeiten Sie an einem Imagewandel für die Grünen. Aber nun erörtern die Berliner Grünen mit einer Linken zu koalieren, die in Berlin annehmbar ist und deren Neukürdiger Bundestagsabgeordneter ein ähnliches Verhältnis mit dem antichristlichen Roma-Syndikat pflegt?

Am letzten Sonntag ist die Linke zur stärksten Kraft in Berlin gewählt worden. Viele verbinden damit die Hoffnung, dass in der Stadt endlich etwas passiert, dass Wohnen wieder bezahlbar wird, die Verkehrswende vorangetrieben wird und der Kulturkampf auf der Straße endet. Aber einige in Berlin und darüber hinaus blicken auf das Wahlergebn mit großer Sorge. Ich nehme sehr ernst, wenn einer Michel Friedman sich so um und die SPD mit verworrenen Worten wendet. Die Linke hat es in Berlin geschafft, Menschen eine Stimme und Hoffnung zu geben, die sich in letzter Zeit in ihrem Alltagserleben von der Politik nicht gehört gefühlt haben. Auch Menschen mit anderen Glaubens und Menschen mit Familienangehörigen in den palästinensischen Gebieten, die von anderen Parteien Empathie für das Leid der Palästinenser vermittelt haben – auch von uns. Aber die Linke hat offenbar auch Menschen eine Stimme gegeben, die kein klares Verhältnis zum Antisemitismus haben, kein klares Verhältnis zum Islamismus und kein klares Verhältnis zur organisierten Kriminalität. Wer mit uns koalieren will, darf für Kriminalität und Hassrede keinen Raum lassen.

Die Berliner Linke und Palästina-Aktivisten haben im Sommer bei einer Demo „Die Befreiung Palästinas endet dann, wenn Tel Aviv wieder in der Hand von Palästina liegt.“ Das hatte bis zur Wahl keine Konsequenzen. Ebenso wenig wie Sympathie-Feste der Linken für die Hamas. Man muss das den Grünen nicht schwer zu denken geben? Genau deswegen nicht, es für mich nicht aus, wenn Goli Strup und andere ein Papier unterschreiben, in dem steht, dass sie sich für das Staatsrecht Israels einsetzen und gegen jeden Antisemitismus sind. Das glaube ich für persönlich, und viele Linke sehen das so. Die Übertreibung der Angriffe ist nicht immer vertretbar. Aber die Partei muss um glaubwürdig vermittelt, dass es belastende Maßnahmen gibt, dass solche Dinge nicht einfach zur Kenntnis genommen oder relativiert werden.

Die Linke strebt seit Jahren aber die Antisemitismus in den eigenen Reihen. Außerdem wollen viele eine Koalition mit der Hamas. Das sind Grundhaltungen. Aus beiden Gründen haben führende Linke 2024 die Partei verlassen. Wie können die Grünen weitere Handlungsmuster machen, wenn sie in der Hauptstadt mit solchen Leuten koalieren, obwohl es eine Alternative gibt?

Die Berliner Grünen haben im Wahlkampf zwei Dinge versprochen: Ihn, die Stadt soll gerechter werden und ein Ort sein, an dem sich Menschen ihre Mitte wieder finden können. Sie haben dafür ein Programm für ein progressives Berlin ausgearbeitet. Aber Berlin muss eben auch eine Stadt sein, in der sich Jüdinnen und Juden frei und sicher auf der Straße bewegen können, genauso wie Muslimen und Muslimen. Deshalb ist es für Koalitionserwartungen unerlässlich, dass die Linke ihr Verhalten in ihren Reihen bei diesem Thema überlegt. Und dann müssen wir in den Verhandlungen schauen, was ein Sozial, dem die Grünen angehören, konkret umsetzen wird, um diese Stadt wieder zu einem Ort zu machen, an dem alle frei und sicher sind. Deswegen sage ich sehr klar: Eine solche Koalition kann das Projekt von Gesprächen sein, aber ein Selbstbeter ist das nicht.

Wenn man Sie fragen würde: Sollte Berlin von dieser Linken regiert werden oder doch lieber von einem CDU-Politiker wie Stefan Ewert, was würden Sie persönlich sagen?

Die Hoffnungen der Stadtgesellschaft vor aktuellen Senat war groß, dass Sozial unter CDU-Führung bei deutlich abgelehnt werden. Stefan Ewert hat platziert: „Hier muss verändert werden.“ Richtig hat er, aber es kann damit nicht sein, was wir sehen, was die Berliner CDU gemacht haben. Denn der Rat der CDU-Wahlkampf war auf Kulturkampf ausgerichtet.

Der Grünen-Vorsitzende Felix Banaszk wirt für Koalitionsgespräche mit der Berliner Linkspartei. Einen Blankoscheck will er ihr aber nicht ausstellen.



Sobald es möglich ist: Felix Banaszk am Mittwoch in Berlin

Photo: Jonathan Ross

Der Ball liegt bei der Linke, von der wir reden.

Aber auch gegen viele andere, auf einem Punkt stand: „Ganz Berlin basiert die Politik.“ Kann man machen, treibt die Stadt aber auseinander. Der Wahlkampf der Berliner Grünen war so klar, so wenig erwartet. Aber das ist die Berliner Linke, Teil der Verschiebung der Politik, Teil der Spaltung, Teil der Polarisierung zu sein – das redete ich ihnen hoch an. Deshalb gilt: Wir sind gesprächsbereit unter allen Umständen, einen Handshake gibt es nicht. Der Ball liegt bei der Linke.

Sie haben Sie die Frage aber nicht beantwortet: Ewert oder Ewert, was wäre besser für die Stadt? Die Berliner Linke hat als Wahlkampfversprechen die Chance versprochen, zu beweisen, dass man mit der alten Regierung bilden kann. Aber diese Chance muss sie auch nutzen.

Ihre Wahlkampfslogans klingen anders, vor allem wenn Sie in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern unterwegs sind. Haben Sie mit vielen Diskussionen, im Fall-Banaszk, an Handkette, aber auch auf Campplätzen mit AfD-Anhängern. Was haben Sie gelernt?

Ich habe 2024 als Parteivorbereitung gemeinsam mit Franziska Brantner kandidiert, nachdem wir uns zwei mal bei den Landtagen ausgeschieden sind. Wir haben uns stark für eine Koalition ausgesprochen, aber das ist nicht passiert, dass die Grundfragen gelöst, weil über die allgemeinen Wahlkämpfe hinaus. Also mit der Lösung an unsere Partei, dass man die Verbindung, dass man den Kulturkampf zu geben und statt der Tagesordnung haben die direkte Beteiligung zu machen – auch gerade deswegen ist es für uns bisher schwierig war. Bündnis90/Die Grünen war in Sachsen-Anhalt und auch in Mecklenburg-Vorpommern eine nicht-reichliche Partei, die den öffentlichen Raum nicht den Verbotsgeplätzen überlassen hat. Wir haben die Wahlkämpfe nicht von großen Bühnen herab geführt, sondern in direkten Verhandlungen, etwa bei Stadtgesprächen in Dessau

eine Woche zuvor noch planten, die AfD zu wählen. Zusätzlich, dass die Diskussion zu stellen und anzuerkennen, dass Menschen gelebte Grundsätze haben, unabhängig von sich mit der Politik, Verbotsmaßnahmen zu machen oder gemacht haben, darauf kommt es an. Sich auf Argumente zu beziehen, heißt nicht, sich anzubieten. Doch im Gegenteil den Menschen zu sehen und nicht den Wähler einer Partei, das ist vielleicht ein erster Schritt. Ich habe die letzten Wochen als sehr ermutigend empfunden. Kein Grand jederseits für Handkette und Palästina, ich bin voller Hoffnung.

Wie erklären Sie sich, dass der Name so groß geworden ist, in dem sich die AfD Antisemitismus leistet?

Die Menschen sehen sich nach Nähe, Gemeinschaft und Austausch. Das ist Social Media für viele geworden. Es ist dort einfacher, sich digital anzubieten, als Orte der Begegnung zu suchen, an denen man über die Differenzen hinweg auch Gemeinsamkeiten erkennt. Gerade im öffentlichen Raum erfordert Politik eine ganz andere Herangehensweise, empfindet wahrscheinlich ein bisschen. Wir müssen auch mal aus einer kulturkampflichen Verdrängung, inhaltliche Klarheit sollte man nicht mit Unverbindlichkeit im Diskurs verwechseln. In der Öffentlichkeit muss immer genug Luft sein, das können finden wie man will, auf dem Land muss man sich mit Antisemitismus auseinandersetzen. Wenn wir Vertrauen zurückgewinnen wollen, muss sich die politische Praxis der Parteien verändern. Jeder Abend, den ich in der Arbeitsgruppe mit einer Flüchtlingsinitiative verbringe, ist ein Abend weniger, an dem ich mit Menschen im Gespräch kommen kann, um ihre Ideen zu hören und sie für mich zu gewinnen.

Niemand betreibt diesen internen Mühsal-Debatte intensiver als die Grünen.

Deswegen bin ich so froh, dass unsere Satzungen so große Zustimmung gefunden hat, die das ändern soll. Das interpretiere ich als Auftrag, diesen Weg weiterzugehen. Die Grünen sind eine Programmpartei und gute Ideen, durchdringbare Konzepte sind wichtig. Aber Politik erschließt sich nicht im Schreiben von Konzepten. Politik ist auch, was bei Wahlen, Jahrestreffen läuft: Menschen, Ideen, Emotionen. Die erfolgreichen Wahlkämpfe dieses Jahres, bei uns und bei den anderen Parteien, basieren darauf auf.

Sie sind die einzige Partei, die eine. Aber was man mit der Linke erlebt, wie man die AfD-Fraktion bei den Bundestagswahlen gewählt und gewählt wird – da zweifelt man doch, ob das funktionieren kann.

Man darf das Gespräch mit Anhängern und Sympathisanten nicht mit einer Relativierung der AfD-Funktionen verwechseln. Viele Wähler der AfD fühlen sich durch die Auseinandersetzung mit ihren Funktionen mit gemeint. Ich suche nach einem Weg, das besser zu tun. Aber es trifft zu, das Agieren der AfD im Hinblick auf die Demokratie in Deutschland Werte und Handlungsweg von Menschen angreift.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Linke die AfD, die CDU als eine demokratische, konservative Partei zu vereinfachen, schon sehr weit fortgeschritten. Und das habe ich sehr. Unsere Demokratie braucht stabile Konzepte. Es ist wie Friedrich Merz am Wahlabend in Mecklenburg und zu sagen: Ich bleibe, der Kurs bleibt, und irgendwann werden die Menschen es schon verstehen“, das finde ich unverständlich. Die Frage ist doch, warum die Hälfte der Menschen die Politik sehen, die Politikinstrumente und Politiker als das größte Problem der Politik empfinden.

Gesprächen mit Franziska Brantner haben Sie vor rund zwei Jahren die Partei wieder übernommen, im Dezember wird nach der Vorstand neu gewählt. Treiben Sie wieder an?

Ich bleibe verbunden und auch blockiert auf dem Punkt, was eine der letzten beiden Jahre gegangen ist. Das waren zwei tolle Jahre, nicht immer nur angenehme, aber wir haben erlebt: Klampfen lohnt sich. Wir haben jetzt ein erfolgreiches Wahljahr hinter uns und werden uns der Frage, wie wir für die Wähler, die sich in der nächsten Zukunft äußern (bald).

Die Fragen stellte Peter Grottel.

Andererseits haben Sie in der eigenen Partei auch mobilisiert mit der Phrase: „Wir sind der Flächendeckung.“ Die sind nur ganz Deutschland Wahlhelfer nach Sachsen-Anhalt geht. Was sagen Sie: Wir müssen und wir können mehr. Wie passt das zusammen?

Menschen sind nicht standardisierbar auf einen strengen Links-Rechts-Skala einzuordnen. Bei mir haben Leute einen Mitgliedsbeitrag bei den Grünen geleistet, die